

Vorstellung Haushalt 2027

Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertete Kolleginnen und Kollegen,

Vor wenigen Wochen haben wir hier im Rahmen einer Regierungserklärung über unsere Pläne für die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesprochen.

Über gute Schulen, verlässliche Betreuung, starke Krankenhäuser und über die Frage, wie unsere Heimat auch morgen ein guter Ort zum Leben und Arbeiten bleibt.

Heute sprechen wir darüber, wie wir das bezahlen.

Denn politische Versprechen sind schnell gemacht.

Entscheidend ist, ob man sie auch finanzieren kann; nicht nur im nächsten Jahr, sondern auf Dauer.

Und ich kann Ihnen heute sagen: Mit dem Haushalt 2027 erreichen wir die finanzpolitischen Ziele, die wir uns vorgenommen haben.

Der laufende Haushalt 2027 ist im Gleichgewicht. Wir erzielen einen Primärüberschuss von knapp 28 Millionen Euro. Die Zinsausgaben liegen bei rund sieben Prozent der Haushaltsausgaben und damit unter unserem Richtwert von zehn Prozent. Die Schuldendienstbelastung beträgt 15,8 Prozent und liegt unter dem Richtwert von 20 Prozent.

Auch gegenüber Europa halten wir Wort. Unser Ausgabenpfad sieht bis 2029 eine Reduzierung um 8,29 Prozent vor. Gefordert sind 3,09 Prozent. Wir liegen damit um 5,2 Prozentpunkte über der europäischen Konsolidierungsvorgabe. Die besondere Regelung für die Deutschsprachige Gemeinschaft ist in dieser Berechnung bereits berücksichtigt.

Das ist das Ergebnis von Entscheidungen, die uns nicht immer leichtgefallen sind.

Wir haben Ausgaben hinterfragt, Gewohnheiten verändert und Prioritäten gesetzt. Unsere Sparmaßnahmen entlasten den Haushalt Jahr für Jahr. Und ich will nicht verschweigen, was das konkret bedeutet: Es ist uns zB sehr schwergefallen, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den variablen Teil der

Jahresendprämie auszusetzen. Wir wissen, dass das schmerzhaft ist. Das gilt ebenso für unsere Entscheidung, die Indexierung bestimmter Dienstleistungen und Dotationen zu begrenzen und für die strikte Durchforstung der fakultativen Ausgaben.

Diese Entscheidungen waren schwierig. Aber sie waren notwendig, um unseren Haushalt zu konsolidieren, den strengen europäischen Haushaltspfad einzuhalten und unseren Beitrag zu den finanzpolitischen Anstrengungen Belgiens zu leisten. Es geht dabei auch darum, Strafzahlungen zu vermeiden; für unsere Gemeinschaft und für unser Land.

Ich halte wenig davon, schwierige Entscheidungen immer auf morgen zu verschieben. Wer heute Verantwortung trägt, muss dafür sorgen, dass auch morgen noch entschieden werden kann.

Das wirtschaftliche Umfeld macht uns diese Aufgabe nicht leichter. Für Belgien rechnen wir 2026 mit einem Wachstum von 0,6 Prozent, 2027 mit 0,9 Prozent. Zugleich legen wir unserer Planung Inflationsraten von 3,6 Prozent für 2026 und 3,4 Prozent für 2027 zugrunde.

Was in einer Prognosetabelle nüchtern aussieht, spüren Familien, Betriebe und öffentliche Einrichtungen sehr konkret. Bauarbeiten werden teurer. Löhne werden indexiert. Kredite kosten Zinsen. All das schlägt sich auch in unserem Haushalt nieder.

Gerade deshalb reicht es nicht, den Haushalt einmal im Jahr zu beschließen und dann zur Tagesordnung überzugehen. Wir verfolgen die Entwicklung laufend, steuern bei Bedarf nach und legen offen, wo wir stehen.

Der Jahresabschluss 2025 zeigt eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Mit der zweiten Haushaltsanpassung 2026 gehen wir den eingeschlagenen Weg weiter.

Wir reduzieren die Ausgabenermächtigungen 2026 um rund zwölf Millionen Euro. Der nach den Kriterien des Hohen Finanzrates berechnete Finanzierungssaldo verbessert sich gegenüber der bisherigen Haushaltsplanung um rund 8,2 Millionen Euro. Der Primärsaldo 2026 weist einen Überschuss von knapp 30 Millionen Euro aus. Das entspricht einer Verbesserung im Vergleich zur bisherigen Planung um 2,1 Millionen Euro.

Doch ein Haushalt besteht nicht nur aus Salden. Er zeigt, wofür wir Verantwortung übernehmen.

78 Prozent unserer laufenden Ausgaben fließen 2027 in Bildung, Beschäftigung, Gemeinden, Familie, Senioren und Soziales.

Dahinter stehen Leistungen, auf die sich die Menschen Tag für Tag verlassen.

Es geht um den Unterricht, den unsere Kinder jeden Tag besuchen. Um die Familie, die einen Betreuungsplatz sucht. Es geht auch um ältere Menschen, die Unterstützung benötigen. Und um Gemeinden, die vor Ort dafür sorgen, dass vieles überhaupt funktioniert.

Beginnen wir dort, wo Zukunft jeden Tag stattfindet: in unseren Schulen.

Rund 171,2 Millionen Euro stellen wir 2027 für das Unterrichtswesen bereit; nahezu sieben Millionen Euro mehr als 2026. Davon entfallen rund 4,6 Millionen Euro auf höhere Personalausgaben, größtenteils infolge der Inflation.

Das ist Geld für Menschen, die unterrichten, begleiten und Verantwortung übernehmen. Wer gute Schulen will, muss auch dafür sorgen, dass sie ihren Auftrag erfüllen können.

Uns ist dabei eines besonders wichtig: Ein Kind darf nicht deshalb schlechtere Chancen haben, weil es zu Hause weniger Unterstützung bekommt. Deshalb beginnen wir bei den Grundlagen. Seit September erproben zB mehrere Primarschulen neue Ansätze zur Leseförderung. Denn wer sicher lesen kann, dem stehen später mehr Wege offen.

Natürlich muss Schule zugleich nach vorne schauen. Künstliche Intelligenz verändert bereits heute, wie wir lernen und arbeiten. Unsere Aufgabe ist nicht, diese Entwicklung zu ignorieren, sondern junge Menschen zu einem klugen, verantwortungsvollen Umgang damit zu befähigen. Und wir müssen den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern.

Deshalb stärken wir die duale Ausbildung. Ihre Mittel steigen von rund 6,85 Millionen Euro 2026 auf rund 7,04 Millionen Euro 2027. Das ist eine Investition in junge Menschen und in Betriebe, die dringend qualifizierten Nachwuchs brauchen.

Mit unserer Fachkräftestrategie gehen wir diesen Weg weiter. „Fokus Job“ erreicht mittlerweile mehr als 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer; rund 40 Seminare helfen bei Orientierung, Qualifizierung und Weiterbildung. Hinter jeder erfolgreichen Weiterbildung steht die Chance auf einen neuen beruflichen Schritt.

Auch neue Partnerschaften können Türen öffnen. Die Zusammenarbeit mit HELMo Gramme ist ein Beispiel dafür, wie wir Bildungswege und berufliche Perspektiven erweitern.

Die Arbeitskräftefrage betrifft längst nicht nur einzelne Unternehmen. Sie entscheidet mit darüber, ob Handwerksbetriebe Aufträge annehmen können, ob soziale Einrichtungen Personal finden und ob junge Menschen hier eine Zukunft sehen.

Darum gehören für uns gute Bildung, starke Ausbildung und eine aktive Beschäftigungspolitik zusammen.

Zu guten Bildungschancen gehört aber auch, dass eine Familie die Kosten des Schulalltags tragen kann.

Wir erhöhen deshalb jetzt die Studienbeihilfen um 650.000 Euro und verdreifachen damit unsere bisherigen Anstrengungen in diesem Bereich.

Das Geld kommt aus der Neuausrichtung des bisherigen Schulbonus. Ich will das noch einmal ausdrücklich sagen: Wir schaffen den Schulbonus nicht ab, um im Haushalt zu sparen. Wir setzen die Mittel in gleicher Höhe anders ein; und zwar gezielter dort, wo Schulkosten Familien besonders belasten. Wir senken mit diesem Geld die Schulbesuchskosten, erhöhen die Studienbeihilfen um 50 %, setzen die Beträge von Sekundarschülern und Studenten gleich und führen eine neue Einkommenskategorie ein. Wir sind überzeugt: Das ist der sozial gerechtere Weg.

Damit helfen wir Familien besser als bislang bei den tatsächlichen Schulkosten.

Doch Familien stehen nicht nur bei den Schulkosten vor Herausforderungen. Sie müssen auch ihren Alltag organisieren und Beruf und Kinder miteinander vereinbaren.

Bei den Familienleistungen stehen wir zu unseren Zusagen.

Auch wenn die Indexierung ausgesetzt bleibt, erhöhen wir mit der Haushaltsanpassung 2026 die Mittel um 674.000 Euro auf rund 45,9 Millionen Euro. Dieses Niveau sichern wir auch 2027.

Neben finanzieller Unterstützung brauchen Familien auch Zeit, Verlässlichkeit und gute Betreuung für ihre Kinder.

Seit 2020 sind hierzulande bereits mehr als 300 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze entstanden. Unsere Betreuungsquote liegt inzwischen bei über 56 Prozent. Das ist ein Spitzenwert in Europa. Dennoch werden wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen. In St. Vith beispielsweise wird die Kapazität der Kinderkrippe jetzt von 24 auf 48 Plätze verdoppelt.

Gleichzeitig dürfen wir jene nicht aus dem Blick verlieren, für die der Alltag besonders schwierig ist.

Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Unterstützungsbedarf stellen wir über die zweite Haushaltsanpassung 2026 und den Haushalt 2027 zusammen 712.000 Euro zusätzlich bereit. Damit stehen rund 9,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Für Menschen mit Beeinträchtigung erhöhen wir die Mittel 2027 um weitere 531.000 Euro.

Solche Entscheidungen sind Ausdruck unserer Grundhaltung: Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird.

Das gilt auch für das Wohnen.

Die sozialen Immobilienagenturen „Wohnraum für Alle“ und „Tri-Landum“ erhalten zusammen 56.000 Euro zusätzlich. Ihre Mittel steigen damit um 6,7 Prozent auf nahezu 900.000 Euro.

Wer keine bezahlbare Wohnung findet, hat wenig von allgemeinen Versprechen. Deshalb unterstützen wir Einrichtungen, die ganz konkret bei der Wohnungssuche helfen.

Und wer über ein gutes Leben in unserer Gemeinschaft spricht, muss auch über das Älterwerden sprechen.

Für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren stellen wir im kommenden Jahr rund 48,3 Millionen Euro bereit; 1,17 Millionen Euro mehr als 2026.

Damit gehen wir bewusst einen anderen Weg als die Wallonische Region, die für ihre Senioreneinrichtungen in den kommenden Jahren empfindliche Kürzungen vorsieht.

Die Mittel für die häusliche Hilfe haben wir ebenfalls bereits zuvor um 400.000 Euro erhöht. Viele ältere Menschen möchten in ihrem Zuhause bleiben, in der Nachbarschaft, die sie kennen. Diesen Wunsch nehmen wir ernst.

Gute Seniorenpolitik findet aber nicht nur in der Pflege statt. Sie beginnt oft in der eigenen Straße, im Dorf, in der Nachbarschaft.

Für die neu eingesetzten kommunalen Seniorenbeauftragten und die damit verbundenen Maßnahmen planen wir zusätzliche Mittel von 557.000 Euro ein.

Denn manchmal braucht es keine große Einrichtung, sondern jemanden, der den Kontakt hält, Hilfe vermittelt oder dafür sorgt, dass ein Mensch nicht vereinsamt. Gerade im ländlichen Raum ist das viel wert.

Es gibt sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Manche Menschen benötigen intensive Pflege. Andere brauchen Hilfe beim Einkaufen, beim Alltag oder einfach die Möglichkeit, weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

All diese Erhöhungen im laufenden Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, beweisen: Einerseits halten wir an unseren Sparanstrengungen fest. Andererseits bleiben wir handlungsfähig. Wir sind bereit und in der Lage, neue Bedarfe in wichtigen Bereichen zu erfüllen.

Durchforstung und Konsolidierung sind dafür die Voraussetzung. Sie schaffen die Grundlage dafür, dass unsere Gemeinschaft auch künftig handlungsfähig bleibt.

Natürlich lebt eine Gemeinschaft nicht allein von guten Schulen, sozialer Sicherheit und wirtschaftlichen Perspektiven.

Sie lebt auch von den Menschen, die sich in unseren Vereinen engagieren, Sport treiben, Kultur gestalten, Jugendarbeit leisten und das Leben in unseren Dörfern und Städten bereichern.

Deshalb investieren wir weiterhin in Jugend, Kultur und Sport. Ein konkretes Beispiel ist die Sanierung und Erweiterung der Sport- und Kulturhalle in Nidrum, für die wir im Infrastrukturplan 2027 rund 1,47 Millionen Euro an Zuschüssen vorsehen.

Und wir stehen auch zu den bereits getroffenen Entscheidungen. Das gilt zum Beispiel für den Neubau der Sporthalle in Eynatten.

Denn gerade in unseren Dörfern sind Sport- und Kulturstätten weit mehr als Gebäude. Mit solchen Förderungen unterstützen wir Menschen, die ehrenamtlich Verantwortung übernehmen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Wir können uns nicht mehr alles leisten. Das gilt auch weiterhin.

Wir haben zwar 115 Vorhaben in den Infrastrukturplan 2027 aufgenommen. Vorwiegend Schulen und Krankenhäuser.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir 387 Infrastrukturanträge vorerst NICHT genehmigt und folglich im Katalog belassen haben.

Wir mussten Prioritäten setzen. Bildung und Gesundheit sind unsere wichtigsten Prioritäten.

Aber, da wo uns das möglich ist, wollen wir das Engagement von Vereinen auch in Zukunft unterstützen und ihnen für ihre Arbeit bestmögliche Infrastrukturen anbieten.

Denn der Zusammenhalt unserer Gemeinschaft entsteht nicht durch politische Beschlüsse allein. Er lebt von den Menschen, die sich Tag für Tag für andere einsetzen.

Unsere Aufgabe ist es, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ein wichtiger Teil unserer Zukunftsplanung betrifft nun mal die gemeinnützige Infrastruktur.

Wer eine Schule mit sanierungsbedürftigem Dach besucht oder in einem Krankenhaus arbeitet, dessen Technik erneuert werden muss, weiß: Aufschieben löst nichts. Wir müssen Schulen modernisieren, Krankenhäuser zukunftssicher

machen, angepasste Einrichtungen für Senioren und Menschen mit Beeinträchtigung schaffen und wir müssen und unsere Feuerwehren stärken.

Deshalb haben wir einen langfristigen finanziellen Rahmen für Investitionen geschaffen.

Für die kommenden 15 Jahre umfasst dieser Handlungsspielraum 550 Millionen Euro. Ich betone: Das ist kein Ausgabenbetrag für 2027 und auch kein Blankoscheck. Es ist die finanzielle Perspektive, auf deren Grundlage Investitionen geplant und verantwortet werden können.

200 Millionen Euro sind für das zweite Schulbauprogramm vorgesehen, 150 Millionen Euro für Krankenhäuser und Seniorenpflegeeinrichtungen und weitere 200 Millionen Euro für andere Infrastrukturvorhaben.

Auch in diesem dritten Bereich werden Schulen einen wichtigen Platz einnehmen – insbesondere Schulen des freien subventionierten Unterrichtswesens und Gemeindeschulen.

Natürlich wird nicht in allen Fällen heute schon entschieden, wann und wo welche Baustelle in den nächsten 15 Jahren beginnt. Die Prioritäten und die Entscheidungen künftiger Regierungen und Parlamente bleiben maßgeblich.

Aber wer langfristig planen will, braucht heute eine verlässliche Perspektive. Die schaffen wir.

Die langfristige Perspektive ist wichtig.

Trotzdem handeln wir auch heute schon. Das beweist z.B. der Infrastrukturplan 2027. Er enthält 115 konkrete Vorhaben.

Am Königlichen Athenäum Eupen geht es unter anderem um rund 900.000 Euro für die Sportinfrastruktur und 880.000 Euro für die Dachsanierung. Am Königlichen Athenäum St. Vith sind modulare Unterrichtsräume für rund 780.000 Euro vorgesehen. Für das CFA in Kelmis planen wir rund zwei Millionen Euro.

Hinzu kommen Schulvorhaben in Heppenbach und Kreuzberg sowie weitere Projekte in Büllingen und St. Vith. Im freien subventionierten Unterrichtswesen gehören dazu unter anderem Arbeiten an der MG St. Vith und der BIB in Büllingen.

Mit dem Technologiecampus des ZAWM in St. Vith – vorgesehenes Investitionsvolumen rund 35 Millionen Euro – wollen wir außerdem der beruflichen Ausbildung neue Möglichkeiten eröffnen.

Hinter dieser Aufzählung stehen keine austauschbaren Bauprojekte. Es sind Orte, an denen Kinder lernen, Lehrkräfte arbeiten und junge Menschen einen Beruf erlernen.

Noch unmittelbarer zeigt sich unsere Verantwortung bei unseren beiden Krankenhäusern. Über ihre Zukunft wird viel gesprochen. Für uns ist entscheidend, dass sie eine Zukunft haben und dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen.

Für 2026 und 2027 sind insgesamt 28,5 Millionen Euro an Infrastrukturinvestitionen für unsere Krankenhäuser vorgesehen. Dazu zählen insbesondere der Umbau der Apotheken, der Ankauf zusätzlicher Gebäude in St. Vith und das Gebäude B des Krankenhauses Eupen.

Hinzu kommen 15 Millionen Euro für einen gemeinsamen ICT-Masterplan beider Krankenhäuser.

Insgesamt geht es damit allein in diesem und im kommenden Jahr um 43,5 Millionen Euro an Zuschüssen für Gebäude und digitale Ausstattung. Das ist viel Geld. Aber wer die Anforderungen moderner Medizin kennt, weiß, dass wir hier nicht über Luxus sprechen.

Wir sprechen über die Fähigkeit unserer Krankenhäuser, auch künftig gute Medizin anzubieten.

Digitale Patientenakten, moderne Diagnostik, neue Behandlungsmethoden und der Schutz sensibler Patientendaten verlangen eine technische Ausstattung, die mit der technologischen Entwicklung Schritt hält.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist die einzige Gemeinschaft Belgiens, die auch die ICT-Ausstattung ihrer Krankenhäuser bezuschusst.

Wir tun das ganz bewusst. Denn wir wollen nicht warten, bis technische Rückstände die Versorgung beeinträchtigen.

Wenn wir unsere Krankenhäuser nicht auf die Anforderungen der Zukunft vorbereiten, gefährden wir die Gesundheit unserer Mitmenschen.

Deshalb steht für uns fest: Beide Krankenhausstandorte müssen eine Zukunft haben.

Wer krank ist, soll nicht zuerst darüber nachdenken müssen, wie weit der Weg zur nächsten Behandlung ist. Die Menschen in unserer Heimat brauchen eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, auf die sie sich verlassen können und die Möglichkeit, in ihrer Muttersprache medizinische Hilfe zu erhalten.

Das ist in unserer Gemeinschaft keine Nebensache. Es gehört zur Sicherheit, die Menschen von ihrem Gemeinwesen erwarten dürfen.

Darum ist die Unterstützung unserer Krankenhäuser weit mehr als eine bauliche Maßnahme. Sie ist eine Entscheidung für die Versorgung der Bevölkerung.

Dasselbe gilt für die Menschen, die ausrücken, wenn andere Hilfe brauchen: unsere Feuerwehrleute.

Für den Feuerwehrstandort Burg-Reuland planen wir rund 3,4 Millionen Euro, für den Standort Eupen rund 9,75 Millionen Euro.

Wer im Ernstfall Verantwortung übernimmt, braucht gute Arbeitsbedingungen, geeignete Gebäude und verlässliche Ausstattung. Dafür wollen wir sorgen.

Sicherheit hat aber noch eine andere Seite. Wir müssen uns besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten, auch dort, wo Hitze zur Gesundheitsgefahr wird.

Für ältere Menschen, Pflegebedürftige und andere besonders gefährdete Personen kann starke Hitze mehr sein als eine Unannehmlichkeit. Sie kann lebensgefährlich sein.

Deshalb stellen wir 2027 erstmals 750.000 Euro für die Bezuschussung von Klimaanlage zum Schutz besonders gefährdeter Menschen bereit. Wir führen eine entsprechende Bedarfsanalyse durch.

Dabei bleibt unsere Reihenfolge klar: Zuerst sollen Gebäude durch Dämmung, Beschattung und gute Lüftung vor Überhitzung geschützt werden. Solche Maßnahmen bezuschussen wir über den Infrastrukturplan mit bis zu 80 Prozent.

Wo das jedoch nicht reicht und die Gesundheit gefährdeter Menschen es verlangt, muss auch aktive Kühlung möglich sein. Dafür schaffen wir nun die zusätzlichen Mittel.

Die Förderkriterien hierfür werden derzeit auf der Grundlage der Empfehlungen des RMG und der Gesundheitsministerkonferenz ausgearbeitet.

Bei der Planung all dieser Vorhaben ist uns eines wichtig: Wir entscheiden nicht über die Köpfe der Gemeinden hinweg.

Wir haben alle neun Gemeindekollegien einzeln angehört und jedes einzelne Infrastrukturvorhaben mit ihnen besprochen. Das war aufwendig. Aber wer wissen will, was vor Ort gebraucht wird, muss sich die Zeit für diese Gespräche nehmen.

Auch über die künftige Verteilung der Gemeindedotation haben wir mit sämtlichen Bürgermeistern und Finanzschöffen in mehreren Runden verhandelt.

Diese Gespräche sind abgeschlossen. Ihre Ergebnisse sind im Haushalt 2027 berücksichtigt.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Nach all diesen Investitionsvorhaben liegt eine Frage auf der Hand: Können wir uns das angesichts unserer Verschuldung überhaupt leisten?

Diese Frage ist berechtigt. Und sie verdient eine offene Antwort.

Wenn wir den erkennbaren Investitionsbedarf in Schulen und Krankenhäusern bewältigen wollen, dann müssen wir zumindest eine Zeit lang noch bereit sein, dafür Schulden zu machen und den dafür notwendigen dekretalen Rahmen zu schaffen.

Es geht nicht darum, Schulden schönzureden. Es geht darum, wofür sie aufgenommen wurden, was sie uns ermöglichen und ob wir ihre Folgen tragen können.

Dabei möchte ich in Erinnerung rufen: Außerhalb der Krisenjahre 2020 bis 2024 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft keine Schulden aufgenommen, um laufende Ausgaben zu finanzieren.

Der größte Teil unserer Verschuldung entstand durch Investitionen in öffentliche Infrastruktur und durch Hilfspakete während außergewöhnlicher Krisen.

Das macht die Schulden nicht kleiner. Aber es macht einen Unterschied, ob wir dauerhaft unseren Alltag auf Kredit finanzieren oder ob wir Gebäude schaffen, die über Jahrzehnte genutzt werden.

Ein Krankenhaus schüttet keine Dividende aus. Eine Schule erwirtschaftet keinen Gewinn. Und eine Feuerwache bezahlt ihre Baukosten nicht aus eigenen Einnahmen.

Trotzdem braucht unsere Gemeinschaft diese Einrichtungen. Und wir können ihre Modernisierung nicht endlos vertagen.

Solche Investitionen dienen oft mehreren Generationen. Dass ihre Finanzierung über längere Zeiträume verteilt wird, kann deshalb sinnvoll sein, vorausgesetzt, die Belastung bleibt tragbar.

Genau diese Voraussetzung müssen wir berücksichtigen.

Unsere Verschuldung ist real. Und sie wird aufgrund der notwendigen Investitionen in unsere Schulen und Krankenhäuser zunächst noch weiter ansteigen.

Aber wir haben einen klaren Plan, wie wir diese Entwicklung wieder umkehren können.

Unsere langfristige Finanzsimulation zeigt, dass die Verschuldung im Verhältnis zu unseren Einnahmen ab 2030 wieder schrittweise abgebaut werden kann. Das bedeutet: Gemessen an unseren Einnahmen wird die Schuldenbelastung ab 2030 wieder schrittweise zurückgehen

Dafür schaffen wir mit unserem Konsolidierungskurs alle notwendigen Voraussetzungen.

Auch die Zinsen sind real. Sie schränken den finanziellen Spielraum ein.

Deshalb konsolidieren wir und achten auf unsere laufenden Ausgaben.

Deshalb halten wir an unseren finanzpolitischen Zielen fest: an einem dauerhaft ausgeglichenen laufenden Haushalt, an dauerhaften Primärüberschüssen und an klaren Grenzen für die Zins- und Schuldendienstbelastung. Diese Ziele sichern unsere Handlungsfähigkeit. Gemeinsam mit einer verantwortungsvollen Begrenzung der Neuverschuldung schaffen sie die Voraussetzungen dafür, unsere

Verschuldung mittelfristig wieder abzubauen. Daran werden wir weiter konsequent arbeiten.

Wer den Schuldenstand kritisch betrachtet, hat jedes Recht dazu. Die Debatte muss aber vollständig geführt werden: über Kosten und Nutzen, über Finanzierung und über die Folgen des Nichtstuns.

Ich werde die Verantwortung für unsere Schulden nicht kleinreden.

Aber ich werde mich auch nicht dafür entschuldigen, dass wir unsere Schulen modernisieren, unsere Krankenhäuser stärken und in die Zukunft unserer Gemeinschaft investieren.

Wer diese Schulden ablehnt, sollte ebenso offen sagen, auf welche Schule, welches Krankenhaus oder welche notwendige Einrichtung er verzichten würde.

Denn auch Nichtstun kostet Geld. Manchmal sogar mehr.

Ein Dach wird durch Warten nicht dichter. Veraltete Krankenhaustechnik wird durch Warten nicht besser. Und eine Sanierung, die wir heute immer weiter verschieben, kann für unsere Kinder und Enkel deutlich teurer werden.

Wir müssen verantworten, was wir ausgeben. Aber wir müssen auch verantworten, was wir unterlassen.

Für mich ist das der Kern einer vernünftigen Finanzpolitik.

Sie darf die Zukunft nicht mit unkontrollierten Ausgaben belasten. Sie darf aber auch nicht zulassen, dass wir notwendige Entscheidungen aus Angst vor jeder Investition vertagen.

Genau um diesen Ausgleich geht es beim Haushalt 2027: die Finanzen im Griff behalten und notwendige Investitionen ermöglichen.

Dazu gehört auch, dass wir die europäischen Haushaltsregeln einhalten. Gleichzeitig müssen diese Regeln der besonderen Situation unserer Gemeinschaft gerecht werden.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist klein, hat aber weitreichende Zuständigkeiten. Das muss bei europäischen Vorgaben sachgerecht berücksichtigt werden.

Mit der sogenannten Ostbelgien-Klausel haben wir erreicht, dass unsere institutionellen Besonderheiten im europäischen Haushaltsrahmen berücksichtigt werden können.

Das war ein großer Verhandlungserfolg. Aber es ist kein Freibrief. Es ist eine faire Abbildung unserer Größe, unserer Zuständigkeiten und unserer finanziellen Rahmenbedingungen.

Die Regelung ist bereits in den Ausgabenpfad eingerechnet, dessen Ergebnisse ich eingangs genannt habe.

Die neuen, strengeren europäischen Vorgaben prägen inzwischen den Haushaltspfad aller öffentlichen Gebietskörperschaften Belgiens. Sie einzuhalten ist für alle Entscheidungsebenen zum wichtigsten finanzpolitischen Ziel geworden. Das kann man in diesen Wochen in Brüssel beobachten. Und das gilt auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Genauso wichtig ist mir, dass Parlament und Bevölkerung unsere Entscheidungen überprüfen können.

Deshalb legen wir dem Parlament heute umfangreiche Erläuterungen zu allen Haushaltsposten vor.

Und deshalb können die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinschaft weiterhin in Echtzeit unsere Einnahmen und Ausgaben, den aktuellen Schuldenstand und die Banksalden über den öffentlich zugänglichen Finanzmonitor einsehen.

Eine solche Möglichkeit gibt es nirgendwo sonst in Belgien.

Als einzige Gemeinschaft Belgiens bieten wir diese Transparenz, weil wir überzeugt sind: Wer Vertrauen erwartet, muss seine Entscheidungen offenlegen.

Wir müssen erklären, warum wir sparen, wo wir investieren und was unsere Entscheidungen bewirken.

Dabei müssen wir über den nächsten Haushalt hinausdenken. Wir müssen wissen, welche Vorhaben wir in den kommenden Jahren verwirklichen wollen, wie weit wir damit sind und wo wir nachsteuern müssen.

Genau dafür gibt es unser Projektportfolio Ostbelgien 2030. Es macht unsere politischen Vorhaben und deren Umsetzung nachvollziehbar. Den aktuellen

Fortschrittsbericht legen wir heute gemeinsam mit den Haushaltsunterlagen vor. Wie versprochen, berichten wir dem Parlament zweimal jährlich über die Fortschritte.

Fünf Projekte haben wir neu in das Portfolio aufgenommen. Denn neue Herausforderungen verlangen mitunter neue Antworten. Deshalb haben wir auch die Umsetzung unserer Zukunftsvision 2040 in dieser Legislaturperiode flexibler gestaltet.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Was bleibt also von diesem Haushalt?

Zunächst die Gewissheit, dass wir unseren finanzpolitischen Verpflichtungen nachkommen. Wir setzen die Konsolidierung fort, halten den laufenden Haushalt im Gleichgewicht und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass unsere Gemeinschaft auch in Zukunft handlungsfähig bleibt.

Aber ein Haushalt darf nicht allein daran gemessen werden, ob die Zahlen stimmen.

Er muss auch Antworten auf die Fragen geben, die die Menschen beschäftigen: Können unsere Kinder gute Schulen besuchen? Finden Familien die Unterstützung, die sie brauchen? Können ältere Menschen in Würde leben? Werden wir auch morgen noch eine gute medizinische Versorgung in unserer Nähe haben?

Diesen Fragen stellen wir uns. Darum investieren wir weiter in Bildung und Ausbildung, in unsere Krankenhäuser, in soziale Sicherheit und in eine Infrastruktur, die den Menschen dient.

Natürlich können wir nicht alles gleichzeitig verwirklichen. Wir müssen Prioritäten setzen. Wir müssen auch Entscheidungen treffen, die nicht jedem gefallen. Und wir müssen erklären, warum wir sie treffen.

Aber wir dürfen bei all dem eines nicht vergessen: Die Menschen erwarten von uns nicht nur, dass wir sorgfältig mit ihrem Geld umgehen. Sie erwarten zu Recht auch, dass wir Verantwortung für die Zukunft unserer Gemeinschaft übernehmen.

Genau darin liegt die Herausforderung dieses Haushalts. Wir müssen heute sparen, wo es notwendig ist, und zugleich dort investieren, wo es für morgen unverzichtbar ist.

Ich wünsche mir, dass wir über diesen Weg im Parlament offen und sachlich diskutieren. Dass wir unterschiedliche Auffassungen respektieren und bei aller politischen Auseinandersetzung nicht aus dem Blick verlieren, was uns verbindet: die Verantwortung für die Menschen, die hier leben.

Denn am Ende geht es nicht um die Bilanz einer Regierung. Es geht darum, welche Möglichkeiten wir der nächsten Generation hinterlassen.

Wir tragen Verantwortung für die Finanzen von morgen. Und für die Heimat, in der unsere Kinder morgen leben werden.